

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p/XXV/50

Bonn, den 16. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Erst Hochmut, dann Hader</u> Mangel an politischer Substanz der C-Parteien wird immer deutlicher	57
1 a	<u>Ein gern gesehener Gast</u> Zum Besuch des ungarischen Außenhandelsministers Dr. J. Biró in der Bundesrepublik	28
2 - 4	<u>Ein "Jahrhundertgesetz"</u> Stadtplanung, Stadterneuerung - Warum sind alte Städte oft so schön? Von Hedwig Meermann, MdB	155
5	<u>Jährliches Wachstum sechs Prozent</u> Bonn zur Entwicklungspolitik in der Zweiten Entwicklungsdekade	45

AN H A N G

1 - 2	<u>KURT SCHUMACHER</u> Zu einem Buch von Fritz Heine	67
-------	---	----

Erst Hochmut, dann Hader

Mangel an politischer Substanz der C-Parteien wird immer deutlicher

sp - Wenn die "Kölnische Rundschau" in ihrer heutigen Ausgabe auf der ersten Seite den Kommentar ihres Chefredakteurs mit der Überschrift "Ein Mann opfert sich" versieht und zum Ausdruck bringt, der CDU-Vorsitzende Kurt Georg Kiesinger werde weder als Kanzlerkandidat noch als Parteivorsitzender wiederkehren, so ist dies mehr als nur ein wehmütiger Nachruf für einen Politiker, der sich ohne Zweifel um die CDU verdient gemacht hat. Hier spiegelt sich das Dilemma einer Partei wieder, die zwar 20 Jahre lang regierte, aber nicht in der Lage war, personelle und politische Alternativen zu den bisher für sie gültigen Verhaltensweisen zu entwickeln.

Frägt man heute einen CDU-Politiker, wer unter Umständen als Nachfolger Kiesingers infrage käme, dann erhält man als Antwort nur ein Achselzucken. Schröder bleibt in der Reserve, Kohl und Köppler sind nach wie vor umstritten, Stoltenberg wird von vielen CDU-Mitgliedern als zu arrogant abgelehnt, und mit Barzel weiß man nicht so recht, wo man dran ist: Den einen ist Barzel zu glatt, den anderen zu ideenarm.

Es sind aber nicht nur die Personen, die der CDU Kopfschmerzen bereiten. Auch politisch hat sie seit der Bundestagswahl 1969 noch nicht Trübe gefaßt. Der unglückliche Versuch, die Außenpolitik der Regierung Brandt/Scheel frontal anzugreifen, ist im Anlauf steckengeblieben. Man hat nun begriffen, daß die Mehrheit unseres Volkes den Versuch der neuen Bundesregierung zur Überwindung der Spannungen zwischen Ost und West durch deutsche Beiträge befürwortet. Bei der Konjunkturdebatte in der vergangenen Woche zeigte es sich, daß die Redner der CDU zwar wortgewaltig agieren, zur Sache selbst aber - das heißt also zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung - keinen einzigen Alternativvorschlag machen konnten. Man vergleiche dies einmal mit den Vorschlägen der SPD, die diese lange vor der Rezession im Jahre 1966 zu den Problemen der Konjunkturpolitik gemacht hatte. Damals verwarf die CDU/CSU jede Anregung der SPD-Fraktion, um sie jedoch später in das Regierungsprogramm der Großen Koalition aufzunehmen...

Der Mangel an Führungskräften in der CDU beruht also im wesentlichen auf dem Mangel an politischer Substanz, der immer deutlicher wird.

Hinzu kommt noch das Drängen der CSU auf eine "härtere Gangart". Herr Stücklen meinte vor einigen Wochen, die Luft in der Bundesrepublik werde "eisenhaltiger" werden, und Herr Köppler ergänzte seinen Reaktionskollegen kürzlich mit der Bemerkung, er verlange von seinen Parteifreunden im kommenden NRW-Landtagswahlkampf einen "gnadenlosen Einsatz".

Natürlich weiß jeder CDU-Politiker, daß starke Worte kein Ersatz für Politik sind. Das Bohren der CSU jedoch, verbunden mit der Grün-

16. März 1970

lung von CSU-Freundeskreisen im ganzen Bundesgebiet, läßt deutlich erkennen, wie hilflos im Grunde beide C-Parteien sind.

Wir sehen darin keinen Grund zum Jubeln. Der demokratische Staat braucht eine handlungsfähige Opposition. Man hätte meinen können, daß sich die C-Parteien bald nach der Bundestagswahl sammeln würden. Politisch, indem sie ein Alternativprogramm zur Politik der Regierung entwickelt hätten, und personell, indem sie ernsthaft daran gegangen wären, ihre internen Auseinandersetzungen möglichst schnell zu überwinden. Jetzt sieht man, daß sie beides nicht schaffen konnten, weil ihr in 20jähriger Regierungszeit gewachsener Hochmut dazu führen mußte, sich mit dem Staat zu verwechseln. Im Interesse des demokratischen Staates wäre es wünschenswert, wenn die C-Parteien sich endlich darauf besinnen würden, daß sie dem Ganzen verpflichtet sind.

+ + +
Ein gern gesehener Gast

Zum Besuch des ungarischen Außenhandelsministers
Dr. J. Biró in der Bundesrepublik

sp - In dieser Woche wird der Minister für Außenhandel der ungarischen Volksrepublik, Dr. József B i r ó, Gast der Bundesregierung in der Bundesrepublik sein. Minister Biró besucht außer Bonn auch Köln, Düsseldorf, Nürnberg, Erlangen und München. In Bonn wird er Gespräche mit Bundeswirtschaftsminister Prof. S c h i l l e r und mit Außenminister S c h e e l sowie mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Josef E r t l, führen. Die Besuche in den anderen Städten gelten vornehmlich der Besichtigung von Industriebetrieben.

Der ungarische Außenhandelsminister ist in der Bundesrepublik ein gern gesehener Gast. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn haben sich trotz der fehlenden diplomatischen Beziehungen günstig entwickelt. Im Mittelpunkt der Gespräche in Bonn und in den anderen Städten der Bundesrepublik dürfte der Wunsch Ungarns stehen, die Handelsbeziehungen nicht nur auszuweiten, sondern sich mehr zu liberalisieren. Außerdem wird sowohl von ungarischer als auch von deutscher Seite in Erwägung gezogen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie zu intensivieren.

Unabhängig von den bestehenden politischen Meinungsverschiedenheiten ergibt sich hier ein weites Feld eines kooperativen Gedankenschauspiels, das sicher dazu führen kann, bestehende Mißverständnisse zu überwinden, sodaß auch dieser Besuch dazu beitragen kann, die Bemühungen der Bundesregierung um eine Verbesserung der Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten zu unterstützen.

Ein "Jahrhundertgesetz"

Stadtplanung, Stadterneuerung - Warum sind alte Städte oft so schön?

Von Hedwig Meermann, MdB

Neulich bezeichnete ein Fach-Mittelungsblatt das kommende Städtebauförderungsgesetz als ein "Jahrhundertgesetz". Das erscheint etwas hoch gegriffen. Auf die Bodenordnung bezogen, stellt der Entwurf der SPD/FDP-Bundesregierung aber in der Tat einen ersten wichtigen Schritt in eine Epoche dar, die den Schutz des Eigentums in besseren Einklang mit seiner Sozialpflichtigkeit bringen will. Das Gesetz bringt noch keine Neuordnung des gesamten Bodenrechts, sondern ordnet "nur" die Sanierungsmaßnahmen zur Beseitigung städtischer und dörflicher Mißstände und die Entwicklung neuer Ortschaften oder selbständiger Siedlungseinheiten. Auch hierfür sind keine revolutionären Änderungen vorgesehen. Vielmehr soll das bereits vorhandene bodenrechtliche Instrumentarium des Bundesbaugesetzes praktikabler gemacht werden, damit die Planungen auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens sachgerecht und ohne Verzögerung durchgeführt werden können. Außerdem verpflichtet sich der Bund zu finanzieller Beteiligung.

Von einem "Jahrhundertgesetz" könnte man trotzdem sprechen, im Hinblick nämlich auf die Größe der zu bewältigenden Aufgabe. Es gibt kaum eine Stadt, kaum eine Gemeinde, in denen nicht größere oder kleinere Gebiete erneuert werden müssen. Auch in neueren Industriestädten findet man oft erschreckend große städtebauliche Mißstände vor.

Beginnen wir bei den Wohnungen: Zwar sind nach dem Kriege 11 Millionen Wohnungen gebaut worden - eine gewältige Leistung, die in aller Welt Bewunderung erregt hat. Von den insgesamt vorhandenen etwa 21 Millionen Wohnungen haben aber etwa nur 7 Millionen jetzt schon Sammelheizung, Bad und WC. 13 bis 14 Millionen Wohnungen sind unter dem Niveau, das von Wohnungssuchenden heute angestrebt wird. Nicht alle diese Wohnungen können modernisiert oder gar durch neue ersetzt werden, aber diese Zahlen geben immerhin einen Anhalt über den Umfang der notwendigen Arbeiten.

Zum guten Wohnen gehört nicht nur eine zeitgemäße Wohnung, sondern auch deren vernünftige Einordnung in die Umwelt. Verkehrsadern, Arbeitsstätten, Schulen, Kindergärten, Einkaufszentren, Sport- und Spielplätze, Kirchen, Theater, Altenheime, Krankenhäuser - alle müssen in funktionsgerechter Beziehung zueinander stehen; denn nicht nur die Großstädter, sondern auch Bewohner kleinerer Gemeinden schätzen möglichst städtische Lebensformen.

Daß die Beziehungen oft nicht "stimmen" und daß unsere Städte nicht so schön sind, wie sie sein könnten, hat vielerlei Gründe. Wer weiß heute noch, daß im Mittelalter die in die Städte einströmenden Menschen als freie Bürger mit eigenem - freilich meist nicht großem - Grundbesitz eingegliedert wurden und daß wir der strengen Anwendung von Baupflicht, Bauverbot, Bauaufsicht, ja selbst Enteignung so manches schöne mittelalterliche Stadtbild verdanken! Die Entartung

der Städte begnäh, als ein falsch verstandener Liberalismus das Grundeigentum weitgehend von den überkommenen Bindungen befreite, bis schließlich einer kleinen Minderheit von Grundbesitzern eine Masse von Besitzlosen gegenüberstand.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein geordneter Städtebau zusätzlich dadurch erschwert, daß größte Bauleistungen unter dem Druck der ungeheuren Wohnungsnot in kürzester Frist vollbracht werden mußten. Die Gemeinden hatten zwar das Recht zur Planung; aber was half das, wenn nicht genug Fachleute, Zeit, Geld und hilfreiche Gesetze zur Verfügung standen, um die Planungen auch in die Tat umzusetzen. So konnte sich unsere Demokratie im Städtebau kein Denkmal setzen! Aber wer heute über den trostlosen Anblick mancher Stadtkerne und die Langeweile von Randsiedlungen klagt, der muß auch eine Politik anklagen, die planvolle Bebauungen dadurch erschwerte, ja oft sogar unmöglich machte, daß sie den Schutz des Grundeigentums Einzelner höher stellte als das Recht aller auf eine ihnen gemäße Wohnung und Umgebung.

So ist beim Grundstücksverkauf auch heute noch der gutwillige, sich dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlende Eigentümer oft der Dumme. Gegenüber der egoistische Eigentümer gute Chancen auf unangemessen hohe Verkaufserlöse hat.

Nach dem Willen der Bundesregierung soll das künftig in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten nicht mehr möglich sein: Der Gesetzesentwurf sieht vor:

- * "Werterhöhungen, die lediglich durch die Aussicht auf die
- * Sanierung, durch ihre Vorbereitung oder ihre Durchführung einget
- * treten sind, werden nur insoweit berücksichtigt, als der Be-
- * troffene diese Werterhöhungen durch eigene Aufwendungen zuläs-
- * sigerweise bewirkt hat".

Danach können also private Grundstücksbesitzer nicht mehr den Wertzuwachs in die Tasche stecken, der ohne ihr Dazutun einzig und allein dadurch entsteht, daß öffentliche Planungsmaßnahmen mit den Geldern aller Steuerzahler durchgeführt werden.

Außerdem ist vorgesehen:

- * Eine Genehmigungspflicht bestimmter Vorhaben und Rechtsvor-
- * gänge mit Preiskontrolle
- * (z.B. Verkauf oder langfristige Vermietung von Häusern im
- * Sanierungsgebiet),
- * ein gemeindliches Grunderwerbsrecht zu den gesetzlichen Ent-
- * schädigungsleistungen,
- * ein Baugesbot,
- * ein Modernisierungsgesbot,
- * und als letztes Mittel die Einleitung eines Enteignungsver-
- * fahrens bereits dann, wenn der Entwurf eines Bebauungsplanes
- * nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes ausgelegt ist und
- * der betroffene Eigentümer erklärt hat, an der Sanierung nicht
- * teilnehmen zu wollen; oder wenn die Planungen nur von der Ge-
- * meinde durchgeführt werden können.

Im übrigen gilt: Wer Eigentum in die Sanierung einbringt, hat auch ein Recht darauf, nachher wieder Eigentum zu erhalten, freilich nicht unbedingt in der gleichen Form. Das Eigenheim, "um das man herumgehen kann", wird es im sanierten Stadtkern nicht geben und es wird auch in den neuen Entwicklungsgebieten seltener werden. Deshalb soll das Städtebauförderungsgesetz neue Formen der Eigentumbildung wie

den Bau von Eigentumswohnungen, den Erwerb von Immobilienanteilscheinen u.ä. erleichtern. Dabei ist zu beachten, daß die Gemeinden, um künftigen Entwicklungen gerecht werden zu können, einige Grundstücke zu ihrer eigenen Verfügung behalten müssen. Deshalb sieht der Gesetzentwurf keine Verpflichtung der Gemeinden vor, etwa auch solche Grundstücke wieder zu veräußern, deren frühere Besitzer nach einer Entschädigung in Geld aus dem Sanierungs- oder Entwicklungsvorhaben ausgeschieden sind.

Daß um die Durchsetzung solcher "Binsengerechtigkeiten" noch gekämpft werden muß, ist bedauerlich, aber wahr. Zwar sagt kaum jemand offen, daß er gegen die im Entwurf zum Städtebauförderungsgesetz aufgezeigten Ziele ist. Doch zeugt der lange Weg, den dieses Gesetz gehen mußte, von manchem Sand, der hier ins Getriebe gestreut worden ist.

Die CDU glaubte zunächst, mit dem in Jahre 1960 verabschiedeten Bundesbaugesetz sei alles Erforderliche getan. Der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Werner Jacobi, der kürzlich starb, stellte jedoch damals schon fest:

- * "Die Gretchenfrage der sozialen Ordnung - die Bodenfrage - ist
- * der Lösung nicht einen Schritt näher gebracht worden. Den ent-
- * scheidenden Aufgaben eines neuzeitlichen Städtebaues weicht das
- * Gesetz aus. Baulandnot und Bodenspekulation werden sich weiter
- * auswirken, ja, wie zu befürchten ist, ausweiten".

Leider hat Werner Jacobi - wie so oft - auch hier recht behalten. Das mußte auch der CDU-Bundeswohnungsbauminister Lücke bald einsehen, und so legte er im Mai 1965 den Entwurf eines "Gesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in Stadt und Land" vor, der freilich unzureichend war. Trotzdem brachte der nächste Bundeswohnungsbauminister, Dr. Bucher (FDP), den Lücke-Entwurf in der V. Legislaturperiode unverändert wieder ein, aber er stieß bei Bundesrat und Bundestag auf finanz-, verfassungs- und konjunkturpolitische Bedenken.

So sah sich der SPD-Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritzen nach Bildung der Großen Koalition vor die Aufgabe gestellt, einen neuen, völlig umgearbeiteten Entwurf eines "Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetzes" vorzulegen, der dann auch Kabinett und Bundesrat glatt passierte. Er konnte trotzdem in der letzten Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden, weil die CDU/CSU sich in den Monaten vor der Bundestagswahl darauf konzentrierte, Erfolge sozialdemokratischer Minister möglichst zu verhindern. So mußte Dr. Lauritzen gleich nach der Bildung der SPD/FDP-Bundesregierung einen neuen Anlauf nehmen. Inzwischen hat sein Entwurf eines Gesetzes über "städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden" (Städtebauförderungsgesetz) "die Hürden des Bundesrates genommen"; er wird am 20. März in Erster Lesung im Deutschen Bundestag behandelt werden. Gleichzeitig hat sich der Bundestag mit einem Gegenentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu befassen, der die Rechte der Eigentümer stärker betont. Statt eigener Kritik möchte ich hier den Vorsitzenden der Kölner Sozialausschüsse zitieren, der in einem Schreiben an den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel feststellte, der Entwurf sei "diktiert vom partikularen Interesse verschwindend kleiner Minderheiten und wolle überholte Strukturen konservieren". Ob und inwieweit die den CDU-Sozialausschüssen angehörenden Bundestagsabgeordneten sich dieser Auffassung anschließen werden, bleibt abzuwarten. - Nach der Ersten Lesung der beiden Gesetzentwürfe wird eine öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen stattfinden, bei der nicht nur die Interessenverbände, sondern auch unabhängige Wissenschaftler zu Wort kommen werden.

Jährliches Wachstum sechs Prozent

Bonn zur Entwicklungspolitik in der Zweiten Entwicklungsdekade

Die Vereinten Nationen haben das Jahrzehnt von 1971 bis 1980 zur zweiten Entwicklungsdekade erklärt, in der eine gemeinsame internationale Aktion für die beschleunigte gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt unternommen werden soll. Die Bundesregierung akzeptiert das von den Vereinten Nationen für die zweite Entwicklungsdekade festgelegte Wachstumsziel von durchschnittlich sechs Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahr. Sie achtet darauf, mit möglichst arbeitsintensiven, aber zugleich konkurrenzfähigen Projekten jeweils breite Kreise der Bevölkerung zu erfassen. Wenn die Bundesrepublik 1968 1,25 Prozent ihres Bruttosozialprodukts in Form von privaten und öffentlichen Nettoleistungen in die Entwicklungsländer leiten konnte, so dank des Umfangs an privaten Leistungen. Die Regierung hofft, dieses Niveau halten und etwa 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts am Ende der Dekade in Form von öffentlichen Nettoleistungen erbringen zu können.

Die Bundesregierung stimmt der Empfehlung der Pearson-Kommission, daß die Industrieländer 20 Prozent ihrer öffentlichen Mittel für Entwicklungshilfe über multilaterale Organisationen leiten sollten, zu. Sie unterstützt auch die Bemühungen, durch die Zusammenarbeit von multilateralen Institutionen und bilateralen Gebern eine Koordination der Entwicklungshilfe-Projekte zu erreichen.

Die stark zunehmende Verschuldung der Entwicklungsländer wird im kommenden Jahrzehnt zu einem ernstem Problem. Deshalb bemüht sich die Bundesregierung, die im Februar 1969 beschlossene Verbesserung der Konditionen einzuhalten. Bei notwendig werdenden Umschuldungen bevorzugt sie Lösungen, die dem jeweiligen Einzelfall angepaßt sind und eine langfristige Konsolidierung bewirken können.

Die Bundesregierung befürwortet auch ein möglichst umfassendes Zollpräferenzsystem zugunsten der Entwicklungsländer. Eine bessere Vorbereitung von Fachkräften auf ihre Aufgaben in der Entwicklungshilfe und längerfristige Einsätze besonders qualifizierter Fachkräfte der Entwicklungshilfe sollen die deutsche Entwicklungshilfe befähigen, insbesondere das höhere und technische Erziehungswesen, die Lehreraus- und -fortbildung, Reformmaßnahmen auf dem Gebiet des Primarschulwesens und den Aufbau leistungsfähiger Berufsausbildungssysteme in den Entwicklungsländern fördern. Die Entscheidung über Programme zur Familienplanung sollte jedem Land selbst überlassen bleiben. Die Bundesregierung ist bereit, den Entwicklungsländern bei der Familienplanung zu helfen. Die Bundesregierung wird prüfen, inwieweit Agrarüberschüsse gezielt zur Förderung der Entwicklung, vor allem zur Schließung der Eiweißlücke eingesetzt werden können. Die von den Entwicklungsländern erwarteten strukturellen Anpassungsmaßnahmen in den Industrieländern werden als berechtigt angesehen und sollen daher mit den Interessen und Möglichkeiten der deutschen Strukturpolitik und Raumordnungspolitik in Einklang gebracht werden.

+ + +

KURT SCHUMACHER

Zu einem Buch von Fritz Heine*

W.I.-Nach Wesemann und Scholz/Oschilewski hat nun auch der langjährige Mitarbeiter des ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD, Fritz Heine, ein Lebensbild Kurt Schumachers gezeichnet. Dabei hat er die ihm durch das Taschenbuch-Format aufgezwungene Kürze durch äußerste Präzision der Darstellung wettzumachen versucht.

Es ist Heine klar, daß er das endgültige Urteil über Schumacher den Historikern überlassen muß. Unzweifelhaft erscheint ihm indessen, daß Schumachers bleibende Leistungen sind: die Neu- (nicht nur Wieder-) gründung der SPD; die Abwehr einer "sozialistischen Einheitspartei" unter kommunistischer Führung, und die Ermöglichung eines deutschen Bundesstaates dadurch, daß er den von Alliierten gewünschten kleindeutschen Staatenbund brüsk verwarf.

Als Heine gemeinsam mit Ollenhauer und Schoettle 1945 mit Kurt Schumacher in Hannover zusammenfand, waren sie zunächst erneut zur "Illegalität" gezwungen. Aber die Besatzer konnten ihre Arbeit nur erschweren, nicht verhindern. Und nahm sich die Partei organisatorisch anfänglich eher wie eine Wiedergründung aus, so begann doch die politisch-programmatische Neuorientierung sozusagen in der ersten Minute.

Schumacher verstand unter Sozialismus die "Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit". Bereits in seiner 1919 konzipierten Dissertationsschrift über den "Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie" hatte er herausgefunden, daß der sogenannte "wissenschaftliche Sozialismus" in seinem Ökonomismus nur eine halbe Sache geblieben war.

Heine, der auch die Kindheits-, Jugend- und ersten Mannesjahre Kurt Schumachers anschaulich schildert, macht dabei zwischen den Zeilen klar, daß der hohe Stellenwert der Nation in Schumachers Denken nicht etwa aus der ständigen Berührung mit den Polen in der einstigen Provinz Westpreußen, aus der nach 1918 seine Familie vertrieben wurde, zu erklären ist. Schumachers Nationalbewußtsein ergab sich vielmehr

aus einem originären Staatsdenken.

Aufgewachsen "zwischen einem katholischen Konvent und einer preussischen Kaserne", wurde der Sohn eines wohlhabenden, liberalen Kaufmanns negativ beeindruckt durch die Ausbeutung der Ländarbeiter und die Zaren-Despotie. Positiv dünkten ihn dagegen die Weltoffenheit des liberalen Bürgertums und der jüdischen Intellektuellen. Um "die Zustände zu ändern", schien ihm indessen allein der Sozialismus stark genug.

Mit seinem Taschengeld finanzierte der Sekundaner Schumacher die regelmäßige Lektüre literarisch-politischer Zeitschriften und des "Berliner Tageblatt". Er wurde "Sozialdemokrat" genannt, längst bevor er an eine Mitgliedschaft in der SPD dachte. Mit dem Notabitur rückte der noch nicht neunzehnjährige Kriegsfreiwillige ins Feld. Wenige Wochen später schwerverwundet, nahm der nunmehr Einarmige nach einjährigem Genesungsprozeß das Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie auf. 1918 machte er bereits sein Staatsexamen.

Schumachers journalistische Jahre in Stuttgart schildert Heine im Detail, und dann macht er verständlich wie diesem sarkastischen "Preussen" sogar in der besonders bedächtigen württembergischen SPD eine Blitzkarriere vom Stuttgarter Ortsvereinsvorsitzenden zum MdL und schließlich MdR gelang. Nachdem Schumacher in seiner ersten und einzigen Reichstagsrede den Nationalsozialismus als den "Appell an den inneren Schweinehund im Menschen" gekennzeichnet hatte, ergaben sich die späteren zehn Jahre KZ sozusagen von selbst.

Heine verschweigt nicht, daß Schumacher weder als Freund noch als Feind bequem war. Er läßt auch manche Kritik an dem Politiker und Parteivorsitzenden gelten. Energisch aber widerspricht er, wenn behauptet wird, die SPD hätte bei der ersten Bundestagswahl siegen können. Im Gegenteil, sagt Heine: "Das Kopf-an-Kopf-Ergebnis jener Wahl wäre ohne Schumacher keineswegs erreicht worden".

Dem Vorwurf einer zu starren Oppositionsführung durch Schumacher hält Heine den Hinweis auf "Flexibilität in geeigneten Dosierungen und zu passenden Terminen" entgegen. Die entscheidende Frage, ob Schumachers Konzeption einer vollen Gleichberechtigung Deutschlands von Anfang an durchsetzbar gewesen wäre, läßt er indessen unbeantwortet. - Mit Heine muß man bedauern, daß der glühende deutsch-demokratische Sozialist europäischer Prägung Schumacher zuviel kämpfen und leiden mußte, um Zeit zu eigenen Publikationen zu finden, durch die er selbst zur Nachwelt hätte sprechen können.